

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger
an die Anzeiger die Postanstalten
abgeben. — Erscheint wöchentlich.
Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 23.

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger
an die Anzeiger die Postanstalten
abgeben. — Erscheint wöchentlich.
Preis pro Stück 10 Pf. Nr. 23.

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1940

Nr. 293

Mittwoch, den 17. Dezember 1924

19. Jahrgang

Die Sensationsprozesse.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Es ist genug sein des grausamen Spiels! Das ist heute der Ruf, der hunderttausendfach aus dem Volke heraus den Leitern der Prozesse in Magdeburg und Hannover, mit denen jetzt die Öffentlichkeit soviel befehligt wird, entgegenhallt. Der gesunde Sinn des Volkes wehrt sich dagegen, daß den Massen von Schlamm und Unrat, die der Wahnsinn aufgewühlt hat, neue unabsehbare Mengen von Verleumdungen und Schmutz folgen und sich über das wehrlose Publikum ergießen sollen. Selbst die sonst schwer zu zügelnde Sensationslust gewisser findet ihre Grenze, wo das Uebermaß des Unersorglichen nicht nur moralische, sondern auch körperliche Uebelstände zu erregen beginnt. So verschiedenartig die beiden Prozesse, von denen wir sprechen, auch sonst sein mögen, sie haben das Gemeinsame, daß die Geburde der Öffentlichkeit durch eine nicht sonderlich gelungene Prozedur übermäßig belastet wird und daß sich aus allen Kreisen, ganz gleich welcher Parteirichtung, das ungestüme Verlangen kundgibt, mit diesen Dingen nicht mehr befehligt zu werden.

Der Prozeß gegen das Scheusal von Hannover, den Weissenbröder Haarmann, hätte sich nach Ueberzeugung weitestens sehr wohl unter Ausschluß der Öffentlichkeit abspielen können. Der Gegenstand des Prozesses berührt das Schamgefühl aller normal empfindenden Menschen so stark, daß sich wohl eine rechtliche Begründung dafür hätte finden lassen. Außer der baldigen Aburteilung Haarmanns und seiner Mitschuldigen hat die Öffentlichkeit nur das eine Interesse, daß die Mißstände in der hannoverschen Polizei, die sich bei diesem Anlaß herausgestellt haben, so schnell und so gründlich wie möglich beseitigt werden. Besondere Aufmerksamkeit sollten die Behörden dabei vor allen Dingen den sogenannten Polizeispizeln widmen, auf deren Dienste die Kriminalpolizei leider noch immer nicht verzichten will. Der Verkehr der Kriminalbeamten mit zweifelhaften Subjekten dieses Schlages erfordert ganz besondere Charakterfestigkeit auf Seiten der Beamten und muß von den Vorgesetzten aufs schärfste überwacht werden, wenn sich nicht ganz unerträgliche Zustände ergeben sollen. Aber das sind schließlich Angelegenheiten der Verwaltungsbehörden, und es kam hier vor allen Dingen darauf an, auf die Mißstände hinzuweisen, die sich aus der Öffentlichkeit und aus der allzu breiten Zustimmung des Gerichtsoffiziers in Hannover ergeben haben.

Bei dem Verfahren in Magdeburg liegen die Verhältnisse etwas anders. Das ergibt sich schon aus der Person des Angeklagten, des jugendlichen Journalisten Nothardt, der lediglich eine Puppe ist, die von mehr oder weniger gut verdeckten Drahtziehern in Bewegung gesetzt wird. Es ist doch überaus bezeichnend, daß dieser Herr, der den Wahrheitsbeweis für die ungeheuerliche Beschuldigung des Reichspräsidenten antreten will, nicht einmal in der Lage ist, irgendwie durch Fragen in die Verhandlungen einzugreifen. Dazu reichen seine geistigen Fähigkeiten nicht aus. Das Skandalöse an diesem Prozeß ist, daß hier das Gericht dazu benutzt wird, um einen politischen Feldzug gegen eine bestimmten Kreise mißliebige Person zu führen. Und daß diese Person der Reichspräsident Ebert ist, der gegenwärtig die Souveränität des Deutschen Reiches in sich verkörpert. Das Magdeburger Schöffengericht wird hier, ohne daß es sich dessen bewußt zu werden scheint, zu niedrigen politischen Zwecken mißbraucht. Ohne Rücksicht auf das Ansehen Deutschlands in der Welt löst sich hier eine ungezügelte Parteiliebe aus, ohne daß der Vorsitzende des Gerichts gewillt oder imstande ist, mächtig einzugreifen und die nationale Würde vor der Befudlung durch giftspritzende Demagogen zu schützen.

Wer sich nur ein geringes Maß von Ruhe und Ueberlegung bewahrt hat, wird den Gedanken weit von sich weisen, daß ein Mann wie der Reichspräsident Ebert Bandenberrät begangen haben könne. Ein Mann, der zwei seiner Söhne im Felde hat lassen müssen und es trotzdem abgelehnt hat, den dritten, ihm noch gebliebenen, zurückzurufen, worauf er ein Recht hatte. Es handelt sich dabei gar nicht darum, zu den politischen Ideen der Sozialdemokratie oder zu den Meinungen des Herrn Ebert Stellung zu nehmen. Seine Politik im Jahre 1918 mag richtig oder falsch gewesen sein. Darüber aber dürfte kein Zweifel bestehen, daß er von den besten Absichten für das deutsche Volk besetzt war. Das Magdeburger Schöffengericht verkennt seine Aufgabe, wenn es glaubt, weltgeschichtliche Fragen lösen zu müssen, wie diejenige, ob die Politik der Reichsregierung oder diejenige der Sozialdemokratie im Januar 1918 die richtige war. Seine Aufgabe war es, den Reichspräsidenten vor einer wohlbedachten Beschimpfung zu schützen, und dieser Aufgabe ist es durch die Art der Verhandlungsführung zweifellos nicht gerecht geworden.

Rücktritt der Reichsregierung.

Berlin, 15. Dezember. Reichskanzler Dr. Marx überbrachte heute nachmittag 4 1/2 Uhr dem Reichspräsidenten die Rücktrittserklärung des Reichskabinetts. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen, beauftragte aber gleichzeitig den Reichskanzler Dr. Marx und die bisherige Reichsregierung mit der einstweiligen Weiterführung der Geschäfte.

Berlin, 15. Dez. Der Reichskanzler hat heute nachmittag mit dem Reichspräsidenten über die formellen Fragen beim heutigen Rücktritt des Kabinetts verhandelt. Das Reichskabinetts, das heute noch einmal verammelt war, hat nur eine Reihe laufender Angelegenheiten, darunter den Uebergang der Rentenbank in die Rentenkreditanstalt behandelt, sich aber mit der politischen Lage nicht mehr beschäftigt, da der Rücktritt bereits offiziell am vorigen Mittwoch beschlossen war.

Der Reichspräsident wird, dem „Tag“ zufolge, morgen mit den Führern der einzelnen Parteien unverbundene Besprechungen haben. Mit einer offiziellen Beauftragung eines Abgeordneten mit der Kabinettsbildung bis zum Abschluß der Fraktionsverhandlungen, die in der Hauptsache Dienstag und Mittwoch stattfinden, muß gewartet werden.

An der Fraktionsberatung der Deutschen Volkspartei, die für Mittwoch angesagt wird, wird auch Außenminister Dr. Stresemann wieder teilnehmen.

Kanzler Marx über die Regierungsbildung.

Wien, 15. Dez. Der Berliner Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“ hatte eine Unterredung mit dem Reichskanzler Marx über die Möglichkeiten der Regierungsbildung. Marx erklärte, am Mittwoch werde voraussichtlich die Entscheidung fallen, weit dann das Zentrum zu seiner Fraktionsführung zusammentritt. Marx erinnerte an die letzte Regierungskrise, wo das Zentrum mit 48 gegen 17 Stimmen beschloß, sich an einer Koalition

mit den Demokraten betreten würden. Dieser Beschluß habe natürlich heute keine Gültigkeit mehr, außerdem aber stehe die Ablehnung der Demokraten fest. Das Zentrum werde mit diesem Standpunkt der Demokraten als einer vollendeten Tatsache zu rechnen haben. Die Zentrumsgesandten hätten inzwischen mit ihren Wählern Fühlung genommen und würden unter dem feindlichen Eindruck der Anschauungen ihrer Wähler am Mittwoch ihre Beschlüsse fassen. Beschließt das Zentrum, in eine Koalition mit den Deutschnationalen einzutreten, so sei die Koalition gesichert, beschließt es das Gegenteil, so bliebe den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei nur eine Minderheitsregierung, auf die sie es kaum ankommen lassen könnten. Immerhin würde das Zentrum auch in diesem Falle einer Minderheitsregierung aus Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei sich von Fall zu Fall entscheiden, ob es die Politik dieser Regierung unterstützen könne. Marx kann sich indessen nicht vorstellen, daß beide Reichsparteien sich zu einer solchen Regierungsbildung entschließen können. Auf jeden Fall werde also zuerst die Bildung einer Koalition der bürgerlichen Parteien versucht werden. Schläge dieser Versuch fehl, so wäre dann die große Koalition in Erwägung zu ziehen.

Der Bayerische Bauernbund für die Koalition der Mitte.

Berlin, 15. Dez. Der Führer des demokratisch gesinnten Bayerischen Bauernbundes, Professor Behr, hat, wie eine Korrespondenz erfährt, der Zentrumsfraktion mitgeteilt, daß er eine Koalition der Mitte unterstützen würde.

Reichstag am 5. Januar.

Berlin, 15. Dez. Wie verlautet, kann nunmehr mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden, daß der Reichstag Montag, den 5. Januar, zusammentreten wird.

Das Zusammenspiel der Nationalisten.

Berlin, 15. Dez. Wie die Nationalisten Frankreichs und Deutschlands einander in die Hände arbeiten, geht aus dem heutigen Leitartikel des „Echo de Paris“ hervor. Das Blatt wirft der französischen Regierung in der heftigsten Form vor, daß sie durch den deutschen Botschafter v. Goesch, der nach Berlin abgereist ist, der deutschen Regierung habe mitteilen lassen, man sei in Paris geneigt, einer deutschen Linkregierung bei der Durchführung der Verträge größeres Entgegenkommen zu zeigen, als einer Regierung des Bürgerblocks.

Von zusaetzlicher Berliner Regierungseite wird strikt in Abrede gestellt, daß Botschafter v. Goesch im Zusammenhang mit der Regierungskrise nach Berlin berufen wurde oder vertrauliche Mitteilungen der französischen Regierung zu überbringen habe. Wenn es auch natürlich sei, daß der Botschafter seine persönlichen Eindrücke von den Pariser Stimmungen dem Kabinett vermittelt, so ist seine Berliner Reise doch in erster Linie durch die laufenden und sehr komplizierten Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich verursacht.

von Jagow begnadigt.

Leipzig, 15. Dez. Wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ erfahren, hat der Reichspräsident im Gnadenwege dem früheren Regierungspräsidenten Traugott von Jagow die noch zu verbüßende Rechtsstrafe erlassen. Von Jagow war wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch vom Reichsgericht zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden und hat von dieser Strafe am 18. Dezember drei Jahre verbüßt.

Ein Nachspiel zum Rathenau-Prozess.

Freiberg, 15. Dez. Das Polizeiamt Freiberg teilt mit: Fabrikbesitzer Johann Ruchenmeister (bekannt aus dem Rathenau-Prozess) ist, nachdem ihm durch Beschluß des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik vom 17. November 1924 festeres Geleit bewilligt worden ist, nach Freiberg zurückgekehrt und wird sich hier bis zu dem gegen ihn noch anzuberaumenden Verhandlungstermin aufhalten.

Amerikanischer Spott für die Scharfmacher.

Neuhort, 15. Dez. Die Neuhorter Zeitungen schreiben in ihren Kommentaren zu den englischen und französischen Falschmeldungen über angebliche Waffenfunde und geheime Rüstungen in Deutschland, daß sie diesen Meldungen keinen Glauben schenken können. Sie verspotten die Gespensterfurcht gewisser englischer und französischer Kreise, die mit solchen Meldungen freilich nur ihre besonderen, ganz bestimmten Zwecke verfolgen wollen, mit den Deutschnationalen zu betätigen, falls auch

Gleichzeitige Räumung der Ruhr und Kölns.

London, 15. Dez. In einem Ueberblick über die Arbeit Chamberlains auf seiner soeben beendeten Auslandstournee erklärt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß Chamberlain zwei Beweise seines Interesses an der Sicherheit Frankreichs gegeben habe:

1. Sein Einverständnis mit der Ernennung eines Franzosen als Vorsitzenden für die vom Völkerbund zu ernennende Kommission zur Ausübung der Militärkontrolle in Deutschland. Die dagegen, sowie gegen die Ernennung von Alliierten, an Stelle von neutralen, Vorsitzenden für die entsprechenden Militärkontrollkommissionen in Oesterreich, Ungarn und Bulgarien durch den schwedischen Delegierten auf der Völkerbundtagung in Rom erhobenen Bedenken seien zweifellos in Uebereinstimmung mit dem Geist des Völkerbundes. Sie bewiesen andererseits die Schwierigkeiten, sich in der Praxis stets im Einklang mit dem Idealverfahren zu halten.

2. Mafie die französische Regierung die Bereitwilligkeit der englischen Regierung erkannt haben, Frankreich im Rheinland nicht dadurch in Verlegenheit zu bringen, daß die englischen Truppen aus Köln zurückgezogen werden, ehe die Franzosen aus dem Ruhrgebiet abziehen. Diese Bereitwilligkeit Englands bestehe jedoch nur für den Fall, daß die Räumung in absehbarer Frist geschieht und auch weiterhin die legale Form einer großzügigen und verschönlenden Haltung gegen Deutschland beobachtet wird.

Paris, 15. Dez. Der Pariser „Matin“ meldet aus Köln, daß die britische Militärbehörde bis heute keine einzige Kündigung der gemieteten Privatwohnungen zum 10. Januar ausgesprochen habe. Es gelte somit für ausgeschlossen, daß Köln am 10. Januar geräumt wird.

Die kritische Lage in Marokko.

London, 15. Dez. Hier ist die Nachricht aus Tanger eingetroffen, daß die Spanier von Argora sich im Aufbruch gegen Spanien befinden. Sie erobernten die kleine Garnison El Asar Selgnir und bedrohten Tetuan. Die Lage kann sogar in Tanger kritisch werden.

Auf der spanischen Botschaft in Paris wurde Sonntagabend einem Vertreter des „Matin“ erklärt: Alle diese Ereignisse sind das Ergebnis einer großen Propagandabewegung, die in Ägypten begann, sich über Tunis ausbreitete und nun die 10 000 Araber von Argora ergriff. Spanien ist heute in der Gefahr, seine letzten Stellungen in Marokko zu verlieren. Auch Großbritannien ist wegen der Nähe von Gibraltar bedroht. Frankreich ist wegen seiner Interessen in Tanger und wegen der Nachbarschaft von Algerien beunruhigt.